

12	Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße umwandeln Fraktion DIE LINKE	1583/5
13	Pilotprojekt Trixi-Spiegel AfD-Fraktion	1584/5
14	Kein sechsspuriger Ausbau der AVUS ("Zehlendorf Kleeblatt" - Hüttenweg) in Richtung AD Funkturm SPD-Fraktion	1607/5
15	Mehr Sicherheit für die Laubacher Straße CDU-Fraktion	1614/5
16	Mehr Sicherheit für die Hildegardstraße CDU-Fraktion	1615/5
17	Legal, illegal, scheißegal CDU-Fraktion	1616/5
18	Lieferzone in der Zillestraße einrichten Fraktion DIE LINKE	1632/5
19	Babelsberger Straße für alle! Fraktion DIE LINKE	1634/5
20	Gehwege in Ordnung halten SPD-Fraktion	1658/5
21	Fußgänger-Furten in den Nebenstraßen des Bezirks SPD-Fraktion	1660/5
22	Verkehrsberuhigung auf der Havelchaussee SPD-Fraktion	1664/5
23	Sicherheit für Fußgänger*innen und grüner Mittelstreifen auf der Konstanzer Straße Fraktion DIE LINKE	1672/5
24	Wiederherstellung der Radwegmarkierung Spandauer Damm/Wiesendamm AfD-Fraktion	1684/5
25	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
26	Verschiedenes	

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Saßen
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1382/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Decolonize Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Anknüpfend an die Beschlusslage der BVV zur Drs. 0491/5 wird das Bezirksamt aufgefordert im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildung, gemeinsam mit der BVV Plätze und Straßen im Bezirk zu benennen, die eine Rolle in der deutschen Kolonialgeschichte gespielt haben, und nachhaltige Konzepte zu entwickeln, wie diese Orte in ihrer historischen Bedeutung wahrnehmbar gemacht werden können. Ziel ist, die Kenntnisse über die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen auf die heutige Welt zu erweitern und zur Auseinandersetzung über heutige Formen des Kolonialismus und Rassismus anzuregen.

Der BVV ist bis zum 31. März 2020 berichten.

Begründung:

Trotz der Verbrechen, die die deutschen Kolonisator*innen während ihrer rassistischen und menschenverachtenden Herrschaft begingen und den noch heute spürbaren Auswirkungen auf die Menschen in den ehemals kolonialisierten Gebieten, wird die deutsche Kolonialgeschichte in der Öffentlichkeit viel zu wenig thematisiert. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf brauchen wir ein Aufarbeitungs- und Erinnerungskonzept, denn auch hier im Bezirk finden sich Spuren des deutschen Kolonialismus und seiner Verherrlichung. Im öffentlichen Raum wird zu selten auf die koloniale Vergangenheit bestimmter Orte aufmerksam gemacht. Viele aktuelle Probleme der Weltpolitik, internationale Konflikte und die weltweite Verteilung von arm und reich lassen sich aber ohne den Hintergrund der Kolonialgeschichte nicht verstehen und erklären.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1474/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Laubbeseitigung auf Fahrradwegen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV soll sich beim Bezirksamt für die jährliche, gründliche Abschaffung von Laub auf Fahrradwegen einsetzen. Dies sollte insbesondere in der Umgebung der Cecilien-Grundschule geschehen.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1475/5

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Zebrastrifen vor der Nehring-Grundschule

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, über die Anbringung von Zebrastrifen vor der Nehring-Grundschule nachzudenken. Die Zebrastrifen sollen Schüler*innen beim sicheren Überqueren der Nehringstraße helfen und mögliche Gefahren neutralisieren.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1476/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schillerstraße - Sichere Überquerung vom Ernst-Reuter-Platz

Die BVV möge beschließen:

Die BVV wird gebeten, sich beim Bezirksamt für das etablieren eines Zebrastreifens zwischen U-Bhf Ernst-Reuter-Platz und dem Schillergymnasium, der Friedensburg-Oberschule sowie dem OSZ Körperpflege einzusetzen.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)Begründung:

Täglich überqueren Schüler*innen der Schulen Schiller Gymnasium, Friedensburg-Oberschule wie auch das OSZ Körperpflege die Schillerstraße nach Eintreffen im U-Bhf Ernst-Reuter-Platz. Viele Autofahrer befahren rücksichtslos diese durch erhöhte Geschwindigkeit. Ein Zebrastreifen würde somit den Konflikt lösen und den Schulweg für drei Schulen sicherer machen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf /Dr. Buß/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1521/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Tempo 30 in der Röntgenstraße sichtbarer machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert durch geeignete bauliche Veränderungen der Röntgenstraße (z.B. Kissen, Blumenkästen, Schwellen, Zick-Zack-Führung durch Neuordnung der Parkplätze) Tempo 30 auch durchzusetzen. Kurzfristig sollen Dialog-Displays temporär in der Nähe der Kinderläden aufgestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Anwohner*innen beschwerten sich über häufig auftretende Geschwindigkeitsüberschreitungen und bitten um Abhilfe.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Kaas Elias/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1526/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kantstraße weiter entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten gemeinsam mit den zuständigen Stellen zu prüfen, wie die Kantstraße in der Form entwickelt werden kann, damit der Bus-, Rad- und Lieferverkehr dort gut stattfinden können. Das Ziel soll ein Konzept für die zukünftige Gestaltung der Kantstraße sein.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung

Nicht erst mit dem temporären Radstreifen hat die Diskussion um die Gestaltung der Kantstraße begonnen. Um dem Fahrrad wie dem Bus ausreichend Platz zu geben, schlagen Changing Cities vor, den motorisierten Individualverkehr aus der Kantstraße rauszunehmen. Diesen Ansatz wollen wir mit diesem Antrag aufgreifen und prüfen lassen, wie der motorisierte Individualverkehr aus der Kantstraße rausgehalten werden kann und zugleich der Lieferverkehr hier zukünftig gestaltet werden kann.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1573/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pop-Up-Radwege - Erst ein Konzept, dann die Gremien

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, seine Nennung für weitere Pop-Up-Radwege umgehend zurückzuziehen und für die genannten Straßen jeweils ein Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit einzufordern. Vor der Umsetzung dieses Konzepts, sind die nach dem Mobilitätsgesetz vorgeschriebenen Gremien zu beteiligen. Eine Bürgerbeteiligung ist nicht nur künftig, sondern auch rückwirkend für die Kantstraße im Hinblick auf eine mögliche durch den Senat angekündigte dauerhafte Anordnung durchzuführen.

Der BVV ist bis zum 31. Juli 2020 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Sell

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1574/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Einbahnstraße sichtbar machen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt die Einbahnstraßensituation in der Sächsischen Straße zwischen Pommersche Straße und Hohenzollerndamm so sichtbar zu machen, dass die Autofahrer sofort erkennen, dass es sich um eine Einbahnstraße handelt. Hierzu sollen die Schilder erneuert werden, um die Situation dauerhaft zu entschärfen. Gegebenenfalls ist zusätzlich das Verkehrszeichen 600 anzubringen.

Der BVV ist bis zum 31. Juli 2020 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1582/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Außengastronomie ausweiten – Stadtraum nach Corona neu denken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Gastronomiebetrieben im Jahr 2021 zusätzliche Flächen zur Ausweitung ihrer „Schankräume“ zur Verfügung zu stellen. Geh- und Fahrradwege sind hiervon auszunehmen. Das Bezirksamt prüft insbesondere die Voraussetzungen zur (temporären) Nutzung folgender Flächen:

- Kfz-Parkflächen – mit Ausnahme von Sonderparkplätzen – in unmittelbarer Nähe zum Gastronomiebetrieb - Fahrbahnflächen in Nebenstraßen, durch die der Außenbereich der ansässigen Gastronomie bspw. an Wochenenden erweitert werden kann. Das Bezirksamt erarbeitet Vorschläge für solche Standorte.

Das Bezirksamt prüft in einem Pilotprojekt, welche Standorte geeignet sind, um Stadtmöbel (sog. „Parklets“) zu errichten, um diese temporär für gastronomische Zwecke zu nutzen und perspektivisch als nicht-kommerzielle Aufenthaltsorte der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Bei der Genehmigung zusätzlicher Nutzflächen für die Gastronomie sind insbesondere folgende Vorgaben zu beachten:

- Die Regelungen gelten vorläufig für das Jahr 2021.
- Die Gastronomiebetriebe gewährleisten die Einhaltung der aktuell geltenden Hygiene- und Abstandsregelungen und erfüllen Auflagen für die sichere Nutzung der Außenbereiche im Straßenland.
- Die Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.
- Die Verkehrssicherheit ist durch Schilder und Absperreinrichtungen zu gewährleisten.

Das Bezirksamt informiert u. a. auf seiner Internetseite sowie bei Betriebskontrollen über die zusätzlichen Nutzungsmöglichkeiten für Gastronomiebetriebe.

Der BVV ist bis zum 31.01.2021 zu berichten.

Begründung:

Nach den Corona-bedingten Einnahmeausfällen der Gastronomiebetriebe im Jahr 2020 sind Maßnahmen zu ergreifen, um auch im Folgejahr die Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. Der Stadtraum bietet Möglichkeiten, ihn im Sinne aller Nutzer*innen (neu) zu gestalten und Flächen zumindest temporär jenen zur Verfügung zu stellen, die dazu beitragen, das Stadtbild lebenswerter zu machen. Darum bedarf es zusätzlicher Flächen. Die dauerhafte Umwidmung von Gehwegen und Fahrbahnen ist nicht geeignet, um Schankräume einzurichten, jedoch angrenzende Flächen wie Parkplätze. Diese sind entsprechend zu definieren und für den Publikumsverkehr zu sichern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1583/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Havelchaussee zur sicheren Fahrradstraße umwandeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich in Absprache mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dafür einzusetzen, dass die Havelchaussee auf den 7,8 Kilometern zwischen Postfenn und Kronprinzessinnenweg in eine Fahrradstraße umgewandelt wird. Dazu wird das Bezirksamt aufgefordert, sich im Vorfeld mit den Initiator*innen der Online-Petition "Macht die Havelchaussee zur Fahrradstraße!" abzustimmen um ihre Ideen entsprechend aufzunehmen und umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2020 zu berichten.

Begründung:

Die Havelchaussee ist eine der schönsten und beliebtesten Radstrecken in Berlin. Besonders am Wochenende kommt es auf der kurvenreichen und engen Strecke jedoch zu Konflikten zwischen Autofahrer*innen und Radfahrer*innen. Für Letztere ist die Route aufgrund des fehlenden Fahrradstreifens durch riskante Überholmanöver von Autofahrer*innen besonders gefährlich. Eine Sperrung der Route für den privaten Durchgangsverkehr würde durch die fast parallel laufende Avus ausgeglichen, die Busverbindung bleibt für Ausflügler*innen weiter bestehen und die wenigen Anlieger*innen sind von der Sperrung ausgenommen.

Die Unterstützung der Unterzeichner*innen der Petition durch das Bezirksamt wäre ein Zeichen der Wertschätzung des Engagements vieler Bürger*innen im Bezirk für mehr Sicherheit für Radfahrer*innen auf unseren Straßen. Gleichzeitig bietet sich hier die einmalige Chance, die Attraktivität des Grunewalds für Radfahrer*innen weiter zu steigern.

Zur Online-Petition:

https://www.change.org/p/verkehrssenatorin-regine-g%C3%BCnther-macht-die-havelchaussee-zur-fahrradstrasse?utm_source=share_petition&utm_medium=custom_url&recruited_by_id=0fb7a331-50be-4a51-a943-313f61d8e6ed

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1584/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pilotprojekt Trixi-Spiegel

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung ersucht das Bezirksamt, sich für ein Pilotprojekt zum Einsatz von Trixi-Spiegeln an unfallträchtigen Kreuzungen im Bezirk einzusetzen. Mit Trixi-Spiegeln wird der tote Winkel beim Abbiegen von großen Fahrzeugen reduziert und damit die Sicht auf Fußgänger und Radfahrer verbessert.

Der BVV ist bis zum 30.09.20 zu berichten

Begründung:

Trixi-Spiegel sind gewölbte Spiegel und erlauben ein erweitertes Sichtfeld. Trixi-Spiegel werden z.B. an einer Ampel oder neben einem Verkehrszeichen an Kreuzungen montiert, sodass der tote Winkel beim Abbiegen einsehbar wird.

Die Stadt München hat vor kurzem beschlossen im großen Stil Trixi-Spiegel anzuschaffen – 8.000 Stück für über 1.100 Kreuzungen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1607/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kein sechsspüriger Ausbau der AVUS ("Zehlendorf Kleeblatt" - Hüttenweg) in Richtung AD Funkturm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich gegenüber dem Berliner Senat dafür einzusetzen, dass der im Bundesverkehrswegeplan 2030 nach Fertigstellung des AD Funkturms im „erweiterten Bedarf“ im Grunewald vorgesehene sechsspürige Ausbau der AVUS nicht umgesetzt wird. An der AVUS ist nur eine Sanierung des Bestands ohne Erhöhung der Kapazität vorzunehmen und damit eine zusätzliche Verkehrsbelastung der Anwohner im Bereich der AS Hüttenweg bzw. der Ortsteile Grunewald und Eichkamp und an weiteren Ausfahrten hinter dem AD Funkturm zu vermeiden.

Die Maßnahme „sechsspüriger Ausbau der AVUS“ ist auch aus dem derzeit in der Fortschreibung befindlichen Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr und bei der anstehenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegplans zu streichen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1614/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für die Laubacher Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die im Bereich um den Bergheimer Platz bestehende Tempo-30-Regelung in der Laubacher Straße auf den Straßenabschnitt zwischen der Wiesbadener Straße und der Odenwaldstraße zu erweitern und sich gegenüber der Polizei für Maßnahmen zur Einhaltung der Straßenverkehrsordnung (StVO) durch polizeiliche Schwerpunktkontrollen oder eine stationäre Radarkontrolle einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Die gegenwärtige Anordnung von Tempo 30 in der Laubenheimer Straße im Bereich des Bergheimer Platzes wird durch die motorisierten Verkehrsteilnehmer zumeist missachtet. Selbst eine Geschwindigkeit von Tempo 50 wird von vielen bewusst überschritten, mit der Folge, dass bedingt durch die geringe Straßenbreite und unübersichtliche Kreuzungsbereiche bereits mehrere schwere Verkehrsunfälle im Kreuzungsbereich Laubacher Straße/Raenthaler Straße/Hertelstraße zu verzeichnen waren. Ein häufig vorgenommenes starkes Beschleunigen noch innerhalb des Tempo-30-Bereiches (Autoposer) führt darüber hinaus zu einer erheblichen Lärmbelästigung für die Anwohner. Im Bereich des Bergheimer Platzes wird aufgrund überhöhter Geschwindigkeit die dortige Fahrstreifenbegrenzung regelmäßig überfahren und damit der Gegenverkehr gefährdet. Zudem werden durch zwei in der Laubacher Straße 11 ansässige Gastronomiebetriebe während der Geschäftszeiten und verstärkt in den Abendstunden regelmäßig Pkw für die Außer-Haus-Belieferung auf der Fahrbahn und den Gehwegen verbotswidrig abgestellt, wodurch für die übrigen Verkehrsteilnehmer ein enormes Unfallrisiko entsteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1615/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mehr Sicherheit für die Hildegardstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemäß des Beschlusses der BVV vom 21.06.2018 zur DS 0735/5 umgehend einen Rückbau des Radweges in der Hildegardstraße, vorrangig zwischen Schrammstraße und Blissestraße zur Beseitigung der erheblichen Unfallgefahren für den Fuß- und Radverkehr vorzunehmen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Aufgrund der Beschlussfassung zur DS 0735/5 hatte das Bezirksamt bereits 2018 mitgeteilt, dass es die Radwegesituation in der Hildegardstraße für „nicht sehr befriedigend“ hält, diese aber unter Verweis auf fehlende finanzielle und personelle Ressourcen als „noch tolerierbar“ bezeichnet.

Nach Ablauf von nunmehr zwei Jahren, in denen das Bezirksamt keinerlei weitere Maßnahmen ergriffen hat und in denen es wiederholt zu Stürzen in diesem Bereich gekommen ist, kann diese Haltung nicht mehr toleriert werden. Bevor erhebliche Investitionssummen in einen intakten Radweg in der Detmolder Straße fließen, ist zunächst die akute Gefahr weiterer Unfälle in der Hildegardstraße zu beseitigen!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Mattern

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1616/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Legal, illegal, scheißegal

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass Fußgänger und Anlieger den Bereich des Hohenzollerndammes zwischen der Fasanenstraße und der Düsseldorfer Straße wieder gefahrlos betreten und sich in diesem Bereich aufhalten können. Die Berliner Wasserbetriebe sind zu veranlassen, neben der Nutzung aller Ressourcen für eine möglichst kurze Bauphase zumindest für den Radverkehr durch Veränderung der Baustelleneinrichtung eine sichere Durchwegung auf dem Hohenzollerndamm zu ermöglichen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2020 zu berichten.

Begründung:

Durch die Bautätigkeit der Berliner Wasserbetriebe ist bereits seit März 2020 eine Vollsperrung des Hohenzollerndammes vorgenommen worden. Ohne eine klare Umleitungsempfehlung drängt der motorisierte Verkehr in die umliegenden Wohnstraßen, wodurch eine für die Anwohner nur schwer erträgliche Lärm- und Abgasbelastung entsteht.

Im Bereich zwischen Fasanenstraße und Düsseldorfer Straße wurde auf dem dortigen Gehweg ein an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbietendes Chaos geschaffen.

Da der vorhandene Radweg nicht mehr nutzbar ist, wird offenkundig geduldet (und nach Presseberichten durch die Senatsverwaltung sogar ausdrücklich befürwortet), dass sich Fußgänger und Radfahrer den Gehweg gleichberechtigt teilen, aber auch Motorräder und Anwohner-Pkw nutzen die verbliebene Engstelle des Gehweges – fehlende gegenseitige Rücksichtnahme entspricht dabei selbstverständlich der Berliner Lebensrealität!

Um dem Irrsinn die Krone aufzusetzen, wird zugelassen, dass dabei die genehmigte Außengastronomie eines ansässigen Cafés im gesamten Bereich durchquert wird, was neben der Geschäftsschädigung vor allem für alle Beteiligten ein enormes Gefährdungspotential hervorruft.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1632/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Lieferzone in der Zillestraße einrichten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das eingeschränkte Halteverbot in dem Bereich zwischen der Wilmersdorfer Straße und Zillestraße 75 aufgehoben und dort stattdessen ein absolutes Halteverbot mit dem Hinweis „Ladezone freihalten“ von Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 6 und 15 Uhr eingerichtet wird.

Der BVV ist bis zum 31. Januar 2021 zu berichten.

Begründung:

Bisher gilt auf dem Abschnitt zwischen der Wilmersdorfer Straße und der Zillestraße 75 von Montag bis Freitag in der Zeit von 7 bis 15 Uhr das eingeschränkte Halteverbot. Auf diesem Stück befindet sich der Anlieferbereich für einen Feinkosthändler, der mehrfach täglich Waren erhält.

Zum einen werden die Waren jedoch bereits in der Zeit zwischen 6 und 7 Uhr angeliefert, weshalb die im betreffenden Bereich geparkten Fahrzeuge täglich dazu führen, dass der Lieferkehr in zweiter Reihe hält bzw. parkt und damit den fließenden Verkehr behindert – umso schwerwiegender in der sehr engen Straße und in Nähe zur Kreuzung Wilmersdorfer Straße.

Zum anderen sind für den Lieferverkehr selbst keine eigenen Haltezonen vorgesehen, obwohl dieser von Montag bis Freitag Waren anliefert. Insofern sollte es in dieser Zeit nur Lieferant*innen gestattet sein, in dem Bereich zu halten resp. zu parken und auf kurzem Weg Warenlieferungen durchzuführen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1634/5**

Beratungsfolge:	
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Babelsberger Straße für alle!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, geeignete bauliche Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, damit die Babelsberger Straße zwischen Badenscher und Waghäuseler Straße verkehrsberuhigt, der Durchgangsverkehr unterbunden und die Einhaltung der erlaubten Tempo 30 gewährleistet werden kann.

Durch Reduzierung der Fahrspurbreite sollen möglichst alle Parkplätze erhalten bleiben. Anwohner*innen und die Nachbarschaftsinitiative „Babel30“ sollen an der Umgestaltung der Babelsberger Straße nach den folgenden Vorschlägen der Initiative in geeigneter Form beteiligt werden:

1. Verringerung der Fahrbahnbreite durch Vorziehen der Parkplätze und gleichzeitige Verbreiterung der Gehwege
2. Einrichtung von Verkehrsinseln
3. Die Schaffung eines kurvigen Straßenverlaufs durch das Vorziehen einzelner Parkflächen

Die durch die Verlagerung der Auto-Parkplätze freiwerdenden Flächen sollen als Fahrradabstell-, Grün- und Gemeinschaftsflächen genutzt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Das Wohngebiet in der Babelsberger Straße wird auf dem Abschnitt zwischen Badenscher und Waghäuseler Straße als Abkürzung in Richtung Wexstraße und Stadtautobahn missbraucht und lädt durch ihre übermäßige Breite zum Rasen ein. Sicherheit und Gesundheit der Anwohner*innen werden durch Fahrzeug-Lärm und die Nichteinhaltung der Tempo-30-Zone stark belastet.

Die Nachbarschaftsinitiative „Babel30“ hat einfach umzusetzende Vorschläge erarbeitet, wie Parkplätze erhalten und freiwerdende Flächen als Grün- und Gemeinschaftsflächen sowie für Fahrradabstellflächen genutzt werden können. Ziel muss es sein, den motorisierten Durchgangsverkehr zurück auf die Hauptstraßen zu bringen und den Anwohner*innen Lebensqualität zurückzugeben sowie einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hoffmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1658/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Gehwege in Ordnung halten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, den Gehweg in der Bamberger Straße, zwischen Motzstraße und Aschaffener Straße, wieder in Ordnung zu bringen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

In dem Straßenabschnitt gibt es mehrere ältere Personen mit Rollator und Rollstuhl, die Probleme haben, die Löcher und losen Pflastersteine, teilweise auch durch Baumwurzeln verursacht, zu bewältigen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Burth

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1660/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fußgänger-Furten in den Nebenstraßen des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Die BVV fordert das Bezirksamt auf, ein Konzept für die Herstellung sicherer Querungsmöglichkeiten für zu Fuß Gehende an allen Wohn- und Nebenstraßen des Bezirks aufzustellen. Dabei sollen die Bedürfnisse von Behinderten (z.B. Rollator- oder Rollstuhlfahrer*innen) ebenso berücksichtigt werden, wie Kinderwagen oder Anforderungen z.B. der Müllabfuhr. Grundsätzlich sind zur Förderung bzw. Unterstützung des Fußverkehrs mindestens alle 100m freie Querungsmöglichkeiten vorzusehen, die im Einzelfall in geeigneter Weise z.B. gegen Falschparker*innen gesichert werden müssen.

Der BVV ist bis zum 28.02.2021 zu berichten.

Begründung:

Zur Förderung des Fußverkehrs im Rahmen der Verkehrswende wird z.Zt. im Abgeordnetenhaus das Berliner Mobilitätsgesetz ergänzt. Ein besonderes Anliegen ist dabei das sichere Überqueren von Straßen für zu Fuß Gehende. Hier ist für alle Nebenstraßen der Bezirk zuständig.

Neben der Sicherheit der Querungen (Sichtbeziehungen, Beleuchtung etc.) sind für die Querungen oder Fußgänger-Furten vor allem die Abstände voneinander entscheidend. Hier müssen von zu Fuß Gehenden, insbesondere, wenn sie Kinderwagen, Fahrräder oder Hilfsmittel mitführen z.T. erhebliche Umwege in Kauf genommen werden, um zwischen parkenden Autos den Bürgersteig der anderen Straßenseite zu erreichen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1664/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Verkehrsberuhigung auf der Havechaussee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Charlottenburg – Wilmersdorf wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverkehrsverwaltung in Abstimmung mit den ebenfalls betroffenen Bezirksämtern Steglitz-Zehlendorf und Spandau dafür einzusetzen, dass Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Havelchaussee umgesetzt werden.

Ziel ist die Reduzierung des Durchgangsverkehrs und die Dämpfung des Pkw-Anlieger Verkehrs, die sichere Querung für Fußgänger, die Verbesserung der Qualität für den Radverkehr und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Grunewald und am Wannensee. Für Anlieger sollen die Ausflugsgaststätten auch per Pkw weiter erreichbar sein. Dabei ist auch eine Entlassung der Havelchaussee aus dem Hauptverkehrsstraßennetz bzw. dem „StEP Netz“ der Kategorie „Ergänzungsstraße – weitere Straßen von besonderer Bedeutung“ und die Übergabe in die Zuständigkeit der Bezirke zu prüfen. Die dann zusätzlichen rechtlichen möglichen Maßnahmen (z.B. Fahrradstraße mit Anliegerverkehr, vollständige Sperrung eines Teilabschnitts für den Pkw – Verkehr) sind ebenfalls zu prüfen.

Weiterhin soll das Bezirksamt bei der BVG und beim Aufgabenträger (Senatsverkehrsverwaltung) sich dafür einsetzen, dass zum Fahrplanwechsel 2021 eine Taktverdichtung des ÖPNV – Angebotes bestellt wird.

Der BVV ist bis zum 30.11.2020 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/Schenker/Gronde-Brunner/Dieke

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1672/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Sicherheit für Fußgänger*innen und grüner Mittelstreifen auf der Konstanzer Straße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, entlang der Konstanzer Straße, auf dem Straßenabschnitt zwischen Brandenburgischer Straße und Olivaer Platz, Mittelinseln für das gefahrlose Überqueren der vierspurigen Straße durch Fußgänger*innen an geeigneten Stellen zu errichten. Besonders in der Nähe der Straßeneinmündungen von Wittelsbacher Straße, Zähringer Straße, Duisburger Straße sowie Pommersche Straße, wo besonders viele Personen die Konstanzer Straße überqueren müssen, sollen Mittelinseln realisiert werden.

Zusätzlich soll sich das Bezirksamt bei den zuständigen Stellen für die Einrichtung eines begrünnten Mittelstreifens auf dem benannten Straßenabschnitt einsetzen. Für den grünen Mittelstreifen, der einen Beitrag zur Erreichung der Ziele des von der BVV beschlossenen Antrags zum Klimanotstand (DS 1213/5) sowie zur Verbesserung der Lebensqualität an der Konstanzer Straße leisten soll, wird eine der insgesamt vier Fahrspuren rückgebaut.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Die vierspurige Konstanzer Straße führt mitten durch ein Wohngebiet. Für die Anwohner*innen ist eine Überquerung jenseits der wenigen Ampelanlagen nur unter Gefahr möglich. Durch die Errichtung mehrerer Mittelinseln sollen Möglichkeiten für Fußgänger*innen geschaffen werden, die Straße schnell und sicher zu queren.

Ein begrünter Mittelstreifen sorgt für die Verbesserung der Lebensqualität an der vierspurigen Straße und leistet einen wichtigen Beitrag, damit der Bezirk die selbst gesteckten Ziele des von der BVV beschlossenen Klimanotstand erreichen kann.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

AfD-Fraktion

Dr. Seyfert/Bolsch/von Ertzdorff-Kupffer

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1684/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Wiederherstellung der Radwegmarkierung Spandauer Damm/Wiesendamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Radspurmarkierung auf dem Spandauerdamm/Einbiegung Wiesendamm wieder herzustellen.

Der BVV ist bis zum 30. November 2020 zu berichten.